

Gegner nehmen heiklen Kampf auf

ABSTIMMUNG Für die neu formierten Gegner der Pädophileninitiative steht der Rechtsstaat auf dem Spiel. Lange wollte niemand die Vorlage bekämpfen, die in Umfragen überaus deutliche Zustimmung genießt.

HARRY ZIEGLER
harry.ziegler@luzernerzeitung.ch

Noch vor gut einer Woche schien es, als wolle sich niemand als Gegner an der Pädophileninitiative die Finger verbrennen. Zeitweise sah es so aus, als bestünde kein Interesse daran, im Abstimmungskampf gegen die Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen» zu kämpfen. Zu gross schien offenbar die Gefahr, sich dem Vorwurf ausgesetzt zu sehen, man schütze Pädophile, nicht aber deren Opfer, die Kinder. Schliesslich hat sich FDP-Nationalrat Andrea Caroni (Appenzell Ausserrhoden) der Sache angenommen. Seine Partei hat den Lead im Abstimmungskampf nicht angetreten, obwohl sie turnusgemäss an der Reihe gewesen wäre. Die Initiative kommt am 18. Mai zur Abstimmung.

102 Parlamentarier sind dabei

Mittlerweile hat der 33-jährige Caroni 102 Bundesparlamentarier dazu gebracht, sich im Nein-Komitee zu engagieren. Und im Gegensatz zu den Befürwortern, die alle aus dem bürgerlichen Lager stammen, hat es der Appenzeller geschafft, einen kunterbunten Mix quer durch fast alle Parteien zusammenzustellen. Laut Caroni finden sich keine SVP-Vertreter auf seiner Seite. Dafür haben Bundesparlamentarier aus SP, CVP, CSP, GLP, von den Grünen und auch aus seiner Partei, der FDP, zugesagt, sich für ein Nein zur Pädophileninitiative zu engagieren. Darunter sind auch elf Zentralschweizer Parlamentarier (siehe Box rechts).

«Fahne der Rechtsstaatlichkeit»

«Es waren lange nicht alle Parlamentarier mit der Initiative einverstanden», so Caroni. In den Beratungen und Abstimmungen im Bundesparlament zeigte sich, 91 Nationalräte, die Mehrheit des Ständerats und auch der Bundesrat sind gegen die Initiative. Gemäss Caroni genügend Potenzial, um ein Nein-Komitee zu bilden. Er legt Wert darauf, dass das Gegenkomitee nicht für Pädophilie eintritt. Man sei klar gegen Pädokriminelle. Diese hätten allerdings auch Rechte. Das Gegenkomitee um Caroni ist der Meinung, die Initiative verletze die Rechtsstaatlichkeit und damit die Rechte, die auch Straftäter hätten (siehe Interview unten).

«Uns ist bewusst, dass wir einen schweren Stand haben werden», sagt Caroni, auch in Hinsicht auf kürzlich vom «Sonntagsblick» publizierte Umfrageresultate. Danach würden 81,6 Prozent der Stimmbürger die Initiative annehmen. «Wenn wir untergehen, dann mit der Fahne der Rechtsstaatlichkeit in der Hand», sagt Caroni. Die Befürworter der Initiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern



Er will das Ruder bei der Pädophileninitiative, die in Umfragen bis zu 81 Prozent Zustimmung erhält, herumreissen: Andrea Caroni, Präsident des Nein-Komitees und Nationalrat (FDP, Appenzell Ausserrhoden).

Keystone/Lukas Lehmann

arbeiten dürfen» haben sich bereits vor einiger Zeit formiert. Die Liste des Unterstützungskomitees liest sich wie ein Who's who bürgerlicher Bundespolitiker. Auch in diesem Komitee engagieren sich über 100 Bundespolitiker. Die Zentralschweiz ist mit 14 Parlamentariern vertreten. Alle aus den Parteien CVP, SVP und FDP. Im Pro-Komitee sind weitere Parlamentarier aus der Lega und der BDP vertreten.

Chantal Galladé ist ausgetreten

Kurze Zeit setzte SP-Nationalrätin Chantal Galladé, Zürich, noch einen roten Farbtupfer. Sie ist aber aus Rück-

sicht auf die Position ihrer Fraktion – die SP-Fraktion im Bundeshaus lehnt die Initiative ab – aus dem Präsidium des Pro-Komitees ausgetreten. Im Co-Präsidium des Ja-Komitees sitzen unter anderem der parteilose Schaffhauser Ständerat Thomas Minder und der Tessiner Rechtsanwalt Paolo Bernasconi. Diese beiden Personen haben die Abzockerinitiative, die im März 2013 angenommen wurde, massgeblich getragen.

Beide Komitees finanzieren sich laut eigenen Angaben aus Bürgerspenden. Dem Ja-Komitee steht gemäss «St. Galler Tagblatt» die Summe von etwa 20 000

Franken zur Verfügung. Damit würden eine Website sowie Flyer finanziert.

Knappe Finanzen

Initiiert wurde die Vorlage «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen» 2009 von der Vereinigung Marche Blanche und ihrer Präsidentin Christine Bussat. Die Initiative verlangt ein lebenslanges Verbot für verurteilte Pädophile, mit Kindern oder abhängigen Personen arbeiten zu dürfen. Bereits 2008 entschied Marche Blanche die Abstimmung über die Initiative «Für die Unverjährbarkeit von pornografischen Straftaten an Kin-

So engagieren sich die Zentralschweizer

KOMITEES haz. Im **Ja-Komitee** engagieren sich gemäss Homepage der Befürworter: **Thomas Aeschi**, Nationalrat, SVP, Zug; **Yvette Estermann**, Nationalrätin, SVP, Luzern; **Peter Föhn**, Ständerat, SVP, Schwyz; **Ida Glanzmann**, Nationalrätin, CVP, Luzern; **Alois Gmür**, Nationalrat, CVP, Schwyz; **Petra Gössi**, Nationalrätin, FDP, Schwyz; **Peter Keller**, Nationalrat, SVP, Nidwalden; **Alex Kuprecht**, Ständerat, SVP, Schwyz; **Felix Müri**, Nationalrat, SVP, Luzern; **Bruno Pezzatti**, Nationalrat, FDP, Zug; **Gerhard Pfister**, Nationalrat, CVP, Zug; **Peter Schilliger**, Nationalrat, FDP, Luzern; **Pirmin Schwander**, Nationalrat, SVP, Schwyz; **Albert Vitali**, Nationalrat, FDP, Luzern.

Im **Nein-Komitee** sind gemäss Komiteepresidium folgende Zentralschweizer Parlamentarier dabei: **Peter Bieri**, Ständerat, CVP, Zug; **Prisca Birrer-Heimo**, Nationalrätin, SP, Luzern; **Joachim Eder**, Ständerat, FDP, Zug; **Roland Fischer**, Nationalrat, GLP, Luzern; **Konrad Graber**, Ständerat, CVP, Luzern; **Hans Hess**, Ständerat, FDP, Obwalden; **Gabi Huber**, Nationalrätin, FDP, Uri; **Louis Schelbert**, Nationalrat, Grüne, Luzern; **Markus Stadler**, Ständerat, GLP, Uri; **Andy Tschümperlin**, Nationalrat, SP, Schwyz; **Karl Vogler**, Nationalrat, CSP, Obwalden.



Liste: Alle Namen des Nein-Komitees finden Sie auf: www.luzernerzeitung.ch/bonus

dern» für sich. Die Vereinigung hat sich inzwischen aufgelöst. Und auch Christine Bussat lässt verlauten, der Abstimmungskampf um die Pädophileninitiative solle der letzte für sie sein.

Heute eröffnet Bundesrätin Simonetta Sommaruga mit einer Medienkonferenz den Abstimmungskampf. Morgen informiert das Initiativkomitee, und im April möchte das Nein-Komitee informieren. .

HINWEIS

Die Website des Ja-Komitees ist unter www.kinder-schuetzen.ch abrufbar. Die Seite der Gegner ist noch nicht aufgeschaltet.

«Selbstverständlich sind wir alle dafür, Kinder zu schützen»

NEIN-KOMITEE Am 18. Mai entscheidet das Stimmvolk über ein Berufsverbot für verurteilte Pädokriminelle, die in Freizeit oder Beruf mit Kindern arbeiten. FDP-Nationalrat Andrea Caroni (Appenzell Ausserrhoden) ist Gegner der Initiative und präsidiert das Nein-Komitee zur Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen».

Andrea Caroni, warum wehren Sie sich gegen die Pädophileninitiative?
Andrea Caroni*: Selbstverständlich sind wir alle dafür, kriminelle Pädophile zu bestrafen und Kinder und Abhängige vor Übergriffen zu schützen. Zu diesem Zweck hat das Parlament ein Gesetz verabschiedet, das am 1. Januar 2015 in Kraft treten soll. Anders als die Initiative sind mit diesem Gesetz die Massnahmen gegen Täter breit gefasst.

Welche Massnahmen wären das?
Caroni: Im Gegensatz zur Initiative regelt das Gesetz auch das Kontakt- und Rayonverbot.

Was heisst das?
Caroni: Einem Täter kann verboten werden, sich in der Nähe von Spielplätzen, Badis oder Pausenplätzen aufzuhalten. So

kann er von Kindern ferngehalten werden. Das Gesetz sieht bei schweren Sexualdelikten gegen Kinder oder Schutzbefohlene zudem ein zwingendes zehnjähriges Berufsverbot vor. Dieses kann ausgeweitet werden, wenn vom Täter weiterhin Gefahr ausgeht. Wenn nötig sogar lebenslanglich.

Dann macht das Gesetz die Pädophileninitiative überflüssig?
Caroni: Die Initiative ist völlig unnötig, weil wir ein gutes Gesetz haben. Und sie geht zudem viel zu weit und verletzt damit den Rechtsstaat.

Inwiefern?
Caroni: Die Initiative behandelt Bagatelldelikte genau gleich wie schwere Fälle. Ein Beispiel: Wenn ein 19-Jähriger seine 15½-jährige Freundin einvernehmlich küsst, darf er gemäss der Initiative sein ganzes Leben lang nicht mehr mit Kindern arbeiten. Er wird wegen einer Jugendliebe mit schweren Tätern in einen Topf geworfen. Das Gesetz hingegen sieht Massnahmen vor für Taten «ab einer gewissen Schwere», dort kann unterschieden und je nach Fall abgewogen werden. Die Initiative schlägt immer mit voller Wucht zu, ohne Ausnahme. Noch ein Beispiel: Wenn ein 21-jähriger Lehrer im Ausgang einmal eine 15-Jährige unsittlich anfasst, verliert

er laut Initiative automatisch lebenslang das Recht, in Freizeit oder Beruf je wieder mit Kindern zu arbeiten.

Aber auch ein Busengrapscher, der nur einmal ein Mädchen anfasst, muss doch bestraft werden.

Caroni: Verstehen Sie mich nicht falsch. Es ist natürlich zwingend richtig, solch ein Verhalten zu ahnden und als strafbar zu deklarieren. Aber es geht um die Verhältnismässigkeit. Ein einmaliger leichter Aus-

«Eine solche Initiative hat es immer einfach, angenommen zu werden, da man selber nicht betroffen ist.»

ANDREA CARONI

rutscher ist kein Grund für ein lebenslanges Berufsverbot. Das wäre doch, wie wenn jemand einmal innerorts 10 Kilometer pro Stunde zu schnell fährt und zur Strafe sein Leben lang nicht mehr Auto fahren darf. Es gibt schwere Fälle von pädophilen Übergriffen, die mit schwerer

Strafe und lebenslanglichem Berufsverbot geahndet werden müssen. Aber am Rande gibt es Fälle, die diese Schwere nicht haben. Das sind vielleicht nur wenige, aber auch wegen dieser wenigen müssen wir uns für die Verhältnismässigkeit einsetzen.

Laut einer Umfrage des «Sonntagsblicks» stimmen über 80 Prozent der Stimmberechtigten der Initiative zu. Wie wollen Sie einen Stimmungswechsel erreichen?

Caroni: Das bin ja nicht nur ich, der halbe Nationalrat ist dieser Meinung, die Mehrheit des Ständerats und der ganze Bundesrat. Eine solche Initiative hat es immer einfach, angenommen zu werden, da man selber nicht betroffen ist und mit dem Finger auf Täter zeigen kann. Doch es gibt nicht nur das Interesse an einem harten Strafrecht. Es gibt auch den Rechtsstaat, der gewahrt werden muss, und dieser schützt alle – auch Menschen, die eine Straftat begangen haben. Wenn wir Straftätern den Schutz des Rechtsstaats verweigern, könnte uns dies eines Tages auch widerfahren. Wenn wir die Rechtsstaatlichkeit und die Werte aufgeben, sind sie nicht da, wenn wir uns selber darauf berufen wollen, wenn sich der Staat aus irgendeinem Grund gegen uns richtet.

Mit Ihrem Anliegen könnten Sie missverstanden werden. Sagen Sie sich schon mit Kritik konfrontiert?

Caroni: Ich bin auch gegen Pädophile, aber für den Rechtsstaat. Deswegen habe ich mit grosser Überzeugung an dem Gesetz gearbeitet. Für mein Engagement habe ich nur positive Rückmeldungen bekommen, sogar eine Lehrerin und Mutter hat sich kürzlich bei mir bedankt.

Seit wenigen Wochen sind Sie Vater einer kleinen Tochter. Hat dieses Ereignis Sie beeinflusst in Ihrer Haltung gegenüber der Pädophileninitiative?

Caroni: Überhaupt nicht. Wir haben ja ein scharfes Gesetz. Wenn ein persönliches Interesse meine politische Arbeit beeinflusst, dann ist das dieses: Ich will, dass meine Tochter in einem Rechtsstaat aufwächst, in dem die Gesetze nicht über das Ziel hinausschiessen. Dafür setze ich mich ein, ob das nun Pädophile, Raser oder Drogendelinquenten betrifft.

INTERVIEW JULIA NEHMIZ
schweiz@luzernerzeitung.ch

HINWEIS

* **Andrea Caroni** (33) ist seit 2011 Nationalrat (FDP, Appenzell Ausserrhoden). Der promovierte Jurist lebt in Herisau.